

Inhalt

Themenheft zur politischen Theorie von Judith N. Shklar

Hannes Bajohr / Rieke Trimçev

Editorial der Gastherausgeber 161

Übersetzungen

Judith N. Shklar

Gewissen und Freiheit 167

Seyla Benhabib / Paul Linden-Retek

Judith Shklars Kritik des Legalismus 179

Abhandlungen

Tobias Bülte

Politisches Denken jenseits von Begründung und Fatalismus.

Überlegungen zu einer erweiterten Lesart Judith Shklars 193

Samantha Ashenden / Andreas Hess

Republican Elements in the Liberalism of Fear 209

Peter Vogt

Skepsis und Sozialdemokratie – Mésalliance oder Zukunftsbündnis?

Ein Plädoyer im Anschluss an Judith Shklar 223

Christine Unrau

Judith Shklars Sinn für Veränderung.

Quellen und Voraussetzungen politischen Wandels im Denken Judith Shklars 239

Rieke Trimçev

Verbindlichkeitskonflikte und politische Verpflichtung 253

Weitere Abhandlung

Urs Lindner

Von der Chancengleichheit zur gleichen Teilhabe.
Zur Rechtfertigung von Gleichstellungspolitik 269

Rezension

Micha Steinwachs

Freiheit und der skeptische Blick auf das Recht 291

Gewissen und Freiheit

Judith N. Shklar

Berkeley, 22. März 1990

Lassen Sie mich mit einem Geständnis beginnen. Ich habe zugesagt, in nicht allzu ferner Zukunft ein Einführungsseminar über „Politische Verpflichtung“ [*Political Obligation*] zu halten. Normalerweise wäre dies das letzte Thema, über das ich in Berkeley sprechen wollte – oder besser gesagt, vor einem Publikum, in dem auch meine alte Freundin Hanna Pitkin sitzt. Was mich nun dazu gebracht hat, dieses Thema zu behandeln, ist aber weder Verzweiflung noch Leichtfertigkeit, sondern eine unerwartete Entdeckung und, damit zusammenhängend, eine ungewöhnliche Reihe von Gedanken zur Freiheit, die mich sehr überraschten und die ich Ihnen heute, eher vorsichtig tastend, zur Kommentierung vorlegen will. Ich lasse mir keine Chance auf einen echten Gedankenaustausch entgehen, zumal, weil ich mich gerade mit diesen Ideen beschäftige und ihnen noch unentschlossen gegenüberstehe, anstatt sie schon völlig ausgearbeitet zu haben. Das Folgende wird also weniger ein eleganter Essay sein als ein erster Versuch, zwei Probleme zu durchdenken.

Das Erste, was ich zeigen möchte, ist, dass das Gewissen ein sehr seltener und sehr eigenartiger Grund ist, öffentlicher Autorität zu gehorchen oder sich ihr zu widersetzen. Gewöhnlich wird die Verpflichtung zu Gehorsam oder Ungehorsam aufgrund eines Konflikts zwischen Loyalitäten thematisiert. Weil ich Historikerin bin, habe ich mir die Geschichte dieses Argumentes angesehen. Ich werde sie gleich wiedergeben, doch war ich verblüfft, wie selten das Gewissen tatsächlich in Erscheinung tritt. Nun ist ein Ort und eine Zeit, da es zur Geltung kommt, das Amerika vor dem Bürgerkrieg, im Kontext des Kampfes zur Abschaffung der Sklaverei – ein Thema, über das ich nun schon einige Zeit nachgedacht und gearbeitet habe. Und als ich mich dem Auftritt des Gewissens auf unserer politischen Bühne zuwandte, musste ich sofort an das Thema der Freiheit denken – denn es war die Freiheit, die für die Abolitionisten auf dem Spiel stand. Für *uns* bedeutet das unvermeidlich, einen weiteren Blick auf Isaiah Berlins „Zwei Freiheitsbegriffe“ zu werfen. Ich gelangte zu dem Schluss, dass die Unterscheidung, die Berlin zwischen den beiden Typen von Freiheit zieht, für diesen Teil unserer Geschichte und für unsere übliche Art und Weise, über Freiheit nachzudenken, wenig Relevanz besitzt – für „Rechte“ nämlich, die, wie ich meine, ihre wirkliche Bedeutung aus diesem Kampf beziehen und aus der Veränderung der Verfassung, die er einläutete. Ich will damit den großen Mr. Locke nicht kränken, aber von Beginn an und sicherlich seit Mitte des letzten Jahrhunderts war

Judith Shklars Kritik des Legalismus

Seyla Benhabib / Paul Linden-Retek*

Judith Shklar beschäftigten die Ursprünge, die gesellschaftliche Funktion und die Legitimität des Rechts ein Leben lang. Sie gehörte zu den ersten in der angloamerikanischen Tradition schreibenden politischen Philosophinnen der Nachkriegszeit, die sich intensiv mit der Rolle des Rechts in liberal-demokratischen Gesellschaften befassten. In dieser Hinsicht steht ihre Arbeit eher in einer Reihe mit kontinentalen Denkern wie Max Weber, Franz Neumann und Harold Laski und natürlich mit ihrem Lehrer Carl Friedrich, der ihr als erster empfahl, das Thema des Legalismus aufzugreifen (Walzer 1981). Von ihrem 1964 erschienenen Buch über *Legalism. An Essay on Law, Morals and Politics* (Shklar 1964) bis hin zu ihrem 1987 gehaltenen Vortrag über „Politische Theorie und die Herrschaft des Gesetzes“ (Shklar 2017 [1987]) entwickelte Shklar eine kontextualistische Analyse des Rechts, die es in ihren gesellschaftshistorischen und kulturellen Bedingungen situiert und die dabei versucht, die normative Skepsis zu vermeiden, in die ein solcher Kontextualismus stets zu führen droht. Die Spannung zwischen der gesellschaftshistorischen Funktion des Rechts und seinem normativen Gehalt markiert die beiden Pole, zwischen denen sich ihre Reflexionen bewegen, ohne dabei je den Zustand eines Gleichgewichts zu erreichen. In Shklars Arbeiten begegnen sich „Faktizität“ und „Geltung“ des Rechts als unversöhnte Dimensionen (Habermas 1992).

In diesem Aufsatz betrachten wir zunächst Shklars frühes Buch *Legalism. An Essay on Law, Morals and Politics*, in dem sie zwischen Aspekten des Legalismus als Ideologie, als schöpferische Politik und als Ethos des Rechts unterscheidet. Shklars Kritik am Völkerstrafrecht, dem die zweite Hälfte von *Legalism* gewidmet ist, wird heute von jenen wiederbelebt, die ihre Skepsis teilen. Aber diese Rückbesinnung stellt die Feinheiten ihrer Position falsch dar und muss gegen ihre robuste Rechtfertigung der Nürnberger Prozesse in ihrer Legitimität abgewogen werden, die es verdient, so unser Argument, zusammen mit Hannah Arendts *Eichmann in Jerusalem* betrachtet zu werden.

Im Laufe der Jahre versuchte Shklar, genauer zwischen der „Herrschaft des Gesetzes“ (*rule of law*), die sie weiterhin konsequent verteidigte, und dem „Legalismus“ als fehlge-

* Seyla Benhabib, Yale University
Kontakt: seyla.benhabib@yale.edu
Paul Linden-Retek, Yale University
Kontakt: paul.linden-retek@yale.edu

Politisches Denken jenseits von Begründung und Fatalismus

Überlegungen zu einer erweiterten Lesart Judith Shklars

Tobias Bülte*

Schlüsselwörter: Shklar, Pluralität, Dissens, Ungerechtigkeit, Liberalismus, Begründungstheorie

Abstract: In diesem Aufsatz zeige ich, dass Shklars liberale Politische Theorie und ihr Diktum, Grausamkeit an erste Stelle zu setzen, ohne begründungstheoretische Fundierung auskommen. Shklars Liberalismus erscheint dabei als eine parteiische, herrschaftskritische Perspektive ohne idealen Begründungsbezug, die nach kontextgebundenen und historischen Blockaden und Möglichkeiten der Selbstbestimmung gerade auch schwacher AkteurInnen fragt. Dafür arbeite ich Shklars Skepsis anhand dreier Weichenstellungen ihres Denkens heraus – Pluralität, Dissens und subjektiver Sinn für Ungerechtigkeit –, die einem begründungstheoretische Vorgehen entgegenstehen. In einem zweiten Schritt zeige ich dann, dass ihre Orientierung an der Grausamkeit keine statische, minimale Grundnorm ist, sondern eine beständige Befragung der Machtverhältnisse erfordert und eine fordernde, politische Perspektive jenseits der akuten Grausamkeitsverhinderung öffnet.

Abstract: In this paper I reconstruct Shklar's argumentative approach beyond justification and link it with her liberalism of fear and her demand of putting cruelty first. As a result of this reading Shklar's liberalism can be seen as a partisan and critical perspective without ideal justification that looks for contextual and historical blockages and possibilities of self-determination especially of the weak. Therefore, I present central elements of Shklar's skeptical thinking – plurality, dissent and a subjective sense of injustice –, that oppose foundational approaches. Secondly, I will show that her approach to cruelty offers no static and minimal fundament for a liberal state, but a permanent enquiry into power relations and a demanding political perspective beyond the hindrance of violence.

In der aktuellen Rezeption wird unter Verweis auf ihre späten Texte *Über Ungerechtigkeit* (1990) und *American Citizenship* (1993) die Lesart von Judith N. Shklar als „émigré thinker“ (Forrester 2011: 593) als zu einseitig zurückgewiesen. Nicht nur die Gefahr totalitärer Herrschaft, sondern auch Exklusion, soziale Ungerechtigkeit und politische Ungleichheit würde Shklar problematisieren (vgl. ebd.). Ihre Auseinandersetzungen mit Ungerechtigkeit und Bürgerschaft in *Über Ungerechtigkeit* und *American Citizenship* werden dabei als progressive Interventionen verstanden, die ihren *Liberalismus der Furcht* (1989) aus der Beschränkung auf Grausamkeitsverhinderung lösen und positiv weiterentwickeln würden (vgl. Guttman 1998). Zugleich versteht dieser Zugang die positiven Bezüge als Begrenzung ihrer Skepsis gegenüber epistemischer und normativer Harmonisierung, den sie prominent seit ihrem Frühwerk *Legalism* an regelförmigen Politik-, Moral- und Rechtsbegriffen formuliert (vgl. Whiteside 1999; Bajohr 2018). Dieser Gegensatz von Skepsis und progressiven Zielen wird aber durch AutorInnen herausgefordert, die

* Tobias Bülte
Kontakt: tobias.buelte@gmx.de

versuchen, beide Seiten Shklars durch eine nicht-begründungstheoretische Lesart zu vermitteln (vgl. Misra 2016; Gatta 2018; Stullerova 2014).

Im Folgenden rekonstruiere ich Shklars eigentümliches Vorgehen jenseits der Begründung mit Blick auf ihren *Liberalismus der Furcht* und ihr Diktum, Grausamkeit an erste Stelle zu setzen. Meine These ist, dass Shklars Liberalismus dadurch als eine parteiische, herrschaftskritische Perspektive ohne idealen Begründungsbezug verstanden werden kann, der nach kontextgebundenen und historischen Blockaden und Möglichkeiten der Selbstbestimmung gerade auch schwacher AkteurInnen fragt. An die Stelle der Begründung einer idealen Ordnung zur Beurteilung sozialer und politischer Wirklichkeit tritt eine selbstreflexive politische Theorie der beständigen Befragung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse sowie des Einspruchs gegen politische Herrschaft und Ungerechtigkeit.

Um dies zu zeigen, arbeite ich in einem ersten *rekonstruktiven* Teil anhand ihrer beständigen Skepsis gegen begründungsfixierte und regelförmige Theorien der Politik, des Rechts und der Gerechtigkeit drei wesentliche Weichenstellungen ihrer Theorie heraus: ihre besondere Berücksichtigung von a) Pluralität und b) politischem Dissens sowie c) ihre Konzeption eines subjektiven Sinns für Ungerechtigkeit. Diese drei Aspekte ihres Denkens verdeutlichen, dass sich aus ihrer Skepsis weder eine normative Verpflichtung noch ein konsensfähiges Fundament für die Politik ableiten lässt.

Dies bedeutet aber nicht, dass Shklars politisches Denken und ihre Skepsis zum politischen Fatalismus neigen, vielmehr stärken sie ihr liberales Selbstverständnis. Dafür werde ich in einem zweiten *systematischen* Teil ihre Parteinahme für den Liberalismus auf die gezeigten Weichenstellungen ihres skeptischen Denkens rückbeziehen. Dabei will ich herausarbeiten, dass die Orientierung an der Grausamkeit keine begrenzte moralische Verpflichtung und keine minimale liberale Ordnung begründet. Stattdessen bietet ihr die gewählte Orientierung an der Grausamkeit ein forderndes Instrument zur beständigen Analyse und Bekämpfung von Ungerechtigkeit und Willkür. Shklar entscheidet sich damit für eine universelle Perspektive jenseits der Begründung normativer Fundamente. Anstelle idealer Ordnungsentwürfe ist die Problematisierung konkreter Machtverhältnisse ihr Ausgangspunkt für das Nachdenken über mögliche institutionelle Alternativen.

1. Shklars Skepsis: Pluralität, Dissens und der subjektive Sinn für Ungerechtigkeit

Wird Shklars Skepsis bis heute besonders hinsichtlich ihrer Aversion gegenüber totalitärer Herrschaft verstanden, die diesen hinter jedem Idealismus befürchte (vgl. Lilla 1998; Walzer 2014; Robin 2004; Fleiner/Schaal 2012), lässt sich mit Blick auf ihr weiteres Werk ein differenziertes Bild ihrer Skepsis nachweisen (vgl. Bajohr 2019; Misra 2016). Bei ihrer Kritik an naturrechtlichen und deontologischen Rechtstheorien in *Legalism* wie auch am Mainstream der Gerechtigkeitstheorie in *Über Ungerechtigkeit* argumentiert Shklar gegen die Gewissheit über moralische und ethische Prinzipien im Allgemeinen sowie den Anspruch, deren universelle oder gemeinschaftsübergreifende Verbindlichkeit begründen zu können. Für Shklar (1967: 280) könne man von *einem* unumstrittenen, normativen Fundament nur ausgehen, wenn man sich den „incoherent evidences of direct experience and the irreducible conflicts of social opinion“ entzieht. In diesem Abschnitt werde ich anhand dieser Zurückweisung verdeutlichen, dass für sie jegliche Vorstellung einer „unshakable foundation“ (Shklar 1986a: 81) der Moral und der Politik die viel-

Republican Elements in the Liberalism of Fear

Samantha Ashenden / Andreas Hess*

Schlüsselwörter: Republikanismus, Liberalismus der Furcht, Rousseau, Tugenden und Laster, negative und positive Freiheit, Loyalität, politische Verpflichtung

Abstract: Judith Shklar's Liberalismus der Furcht unterscheidet sich von anderen Liberalismen. Er gewinnt seine einzigartige Prägung und Qualität durch eine lang andauernde und konsequente kritische Auseinandersetzung mit dem Republikanismus. Ihre Diskussion der gegenwärtigen Relevanz von Tugenden und Lasten, von Gerechtigkeit und Ungerechtigkeit, die Fragen von Rechten, Repräsentation, Staatsbürgerschaft und Demokratie weisen auf ältere republikanische Einflüsse hin. Shklar war sich dennoch darüber im Klaren, dass ein unrekonstruierter Republikanismus und die republikanische Vorstellung eines tugendhaften Lebens auf moderne gesellschaftliche und politische Bedingungen nicht mehr anwendbar waren. Dies wird besonders deutlich in ihrer Diskussion über Rousseau und in ihrer Studie *Ganz normale Laster*. Der irreduzibel pluralistische und individualistische Charakter moderner Demokratien hat es unvorstellbar werden lassen, dass wir eine einheitliche Vorstellung des tugendhaften Lebens hegen. Shklar's Betonung der positiven Freiheit, die sich kritisch gegen Isaiah Berlins Argument richtet, negative Rechte und negative Freiheit ständen im Mittelpunkt des modernen Liberalismus; ihr Beharren auf der Notwendigkeit eines gemeinsamen Geistes, wie er in ihrer Studie über Montesquieu zum Ausdruck kommt; die Notwendigkeit, in Hinsicht auf Wahl und Verdienst gleichgestellt zu sein, wie er in der amerikanischen Staatsbürgerschaft betont wird; und schließlich ihre Diskussion des sich wandelnden Charakters von Loyalität und politischer Verpflichtung in ihren letzten Harvard-Vorträgen, sind allesamt Ausdruck der republikanischen Einflüsse, die in ihrem Elementarliberalismus zu erkennen sind.

Abstract: Judith Shklar's liberalism of fear is distinct from other liberalisms; it gains its unique imprint and quality through a long and consistent engagement with, and critical discussion of, republicanism. Her account of the contemporary relevance of notions of virtues and vices, justice and injustice, the questions of rights, representation, citizenship and democracy all point to older republican influences. However, Shklar also knew that unreconstructed republicanism and republican ideas of the virtuous life were no longer applicable to modern societal and political conditions. This becomes especially clear in her discussion of Rousseau and in her study *Ordinary Vices*. The irreducibly pluralist and individualist nature of modern democracy have made it inconceivable that we would all agree on what the virtuous life consists in. Shklar's emphasis on positive liberty, critically directed against Isaiah Berlin's argument that negative rights and negative liberty are at the heart of modern liberalism; her insistence on the need for a common spirit as distilled in her study of Montesquieu; the need for equality in terms of voting and earning as stressed in *American Citizenship*; and finally her discussion of the changing nature of both loyalty and political obligation in her last Harvard lectures, are all indicative of the republican elements that can be detected in her barebones liberalism.

* Samantha Ashenden, Birkbeck College, University of London
Kontakt: s.ashenden@bbk.ac.uk
Andreas Hess, University College Dublin
Kontakt: a.hess@ucd.ie

Judith Shklar is perhaps best known for her formulation of the ‘liberalism of fear’, a phrase which articulates a concern that political theory should focus not on the elucidation of the good life, justice and so on, but rather should enable us to reflect on, and thus hopefully to avoid, the worst i.e. cruelty (Shklar 1998a: 3-20). The aim of politics is, in other words, not to determine how we should live, less still to impose this on others, but to discern what we all would want to avoid and thence to build robust defenses against this *summum malum*, including using the form of laws. This negatively argued anti-perfectionist position has often been used to place Shklar firmly in the liberal as opposed to the republican camp. She was certainly skeptical with respect to the classical republican idea(l) of civic virtue through active participation in the polis, and the concomitant emphasis on combating corruption, found for example in work from Machiavelli (c. 1517) to Arendt (1958, 1963) and Pocock (1975). There is a reason why, historically, liberalism won out over classical republicanism. As Shklar recognizes, the latter requires a virtuous citizenry while the former requires only adherence to the rule of law; and the rule of law is easier to police than virtue, especially perhaps in modern complex political formations (Shklar 1984). At first sight it thus seems possible to place Shklar firmly on the liberal side of the liberal-republican divide. The aim of this paper is to trouble this easy pigeon-holing and to show some of the ways in which Judith Shklar’s liberalism was fed and sustained by distinctly republican political concerns. We are aware of the fact that advocates of modern forms of republicanism have also sought dialogues with liberal approaches (see, for example, Appleby 1992; Pettit 1997), but such accounts pay less attention than does Shklar to the need for minimal guarantees and safeguards for the individual against *any* government.¹

Shklar died in 1992, before most of the recent wave of scholarship arguing for republican ideas in modern political contexts (see, for example, Laborde 2008; Pettit 2001; Sandel 2010; Skinner 1997; 2002; 2008). It is thus fruitless to look to her work for detailed consideration of these later arguments, though we can note her sympathy for the work of Skinner as registered in her review of his *Foundations* (Shklar 1979). She would without doubt have been aware of his critical reflections on Berlin’s ‘Two Concepts of Liberty’ (Skinner 1984) and his and others’ early development of a modern republican conception of political liberty (Skinner 1990). In fact Shklar’s anti-perfectionist politics, her liberalism of fear, resonates strongly with recent civic republican ideas of non-domination or independence from arbitrary power as fundamental to political liberty. In the decades since her death a number of writers have developed modern republican arguments that center on freedom as the secure enjoyment of non-domination. This civic (as opposed to classical) republicanism is neo-Roman in its emphasis not on participation and civic virtue but on freedom versus slavery, where liberty is incompatible with structures of dependence or mastery. This conception of freedom as non-domination is distinct in critical ways from freedom understood as freedom from interference (Berlin’s negative conception) as it foregrounds the idea that laws and public policies, properly framed, sustain and enhance liberty. As we will see, Shklar’s liberalism concurs to a substantial extent with this civic republicanism reconceived for modern democratic times.

1 There is not space here to give a full account of the various attempts to outline modern republican arguments. In what follows we largely limit ourselves to elucidating Shklar’s position. However, in the conclusion the reader will find some suggestions concerning how Shklar might be positioned vis-a-vis recent republican accounts.

Skepsis und Sozialdemokratie – Mésalliance oder Zukunftsbündnis?

Ein Plädoyer im Anschluss an Judith Shklar¹

*Peter Vogt**

Schlüsselwörter: Skepsis, Grausamkeit, Liberalismus, Sozialdemokratie

Abstract: Judith Shklars „Liberalismus der Furcht“ wird oft als ein Plädoyer für eine Art Nachtwächterliberalismus interpretiert. Im Gegensatz zu dieser Deutung konzentriere ich mich im Folgenden auf die gleichsam sozialdemokratischen Züge von Shklars Liberalismus. Diese Züge, so will ich zeigen, sind eng mit Shklars Auffassung von Skepsis verbunden. Shklars frühe historische Skepsis wendet sich sowohl gegen einen melancholischen Kulturpessimismus wie gegen einen illusionären Fortschrittsglauben. Für Shklars späte politische Skepsis sind zwei Charakteristika entscheidend. Erstens: Im Anschluss an einen terminologischen Vorschlag Hugo Friedrichs lässt sich Shklars politische Skepsis als eine „erschließende“ im Unterschied zu einer „zersetzenden“ begreifen. Dabei folgt Shklar zweitens dem Begründungsmodell einer „negativen Rechtfertigung“ (A. Margalit) jenseits von Relativismus und der Suche nach Letztbegründung. Shklars so zu charakterisierende Skepsis weist eine natürliche Affinität zu einem sozialdemokratisch angereicherten Liberalismus auf. Shklars „Liberalismus der Furcht“, der sowohl auf historischer als auch politischer Skepsis beruht, mündet letztlich in eine „Sozialdemokratie der Furcht“ (T. Judt).

Abstract: Judith Shklar's „liberalism of fear“ is often interpreted as a night watchman's version of liberalism. In contrast to this interpretation, I will concentrate on the „social democratic“ strains of Shklar's liberalism. Furthermore, I will argue that these strains are closely linked with Shklar's interpretation of skepticism. In her early work, Shklar sees historical skepticism as the most convincing theoretical answer to the pitfalls both of cultural pessimism and an illusionary belief in progress. For Shklar's later political skepticism two traits are constitutive: First, I take Shklar's skepticism, following Hugo Friedrich's terminological suggestion, as aiming not to shed doubt on reality („zersetzend“), but as trying to disclose („erschließend“) hitherto unknown possibilities of cruelty and injustice. Second: To justify her political skepticism, Shklar follows the model of a „negative justification“ (A. Margalit) beyond relativism and foundationalism. Skepticism, understood in this way, has a natural affinity to a liberalism with strong social democratic inclinations. Thus, Shklar's „liberalism of fear“, based on a historical and political skepticism, culminates finally in a „social democracy of fear“ (T. Judt).

* Peter Vogt, Forschungszentrum Fundamente der Moderne, Ludwig-Maximilians-Universität München
Kontakt: vogt.peter@hotmail.com

1 Für hilfreiche Hinweise und Kommentare zu einem ersten Entwurf dieses Textes danke ich Rieke Trimçev und Hannes Bajohr.

Judith Shklars Plädoyer für einen „Liberalismus der Furcht“, ja schon der Begriff eines „liberalism of fear“, welcher auf dem Grundsatz, Grausamkeit zu vermeiden („putting cruelty first“), beruht², legt einem mit Shklars Schriften unvertrauten Hörer dieser Formeln die Vermutung nahe, Shklar vertrete eine Art Nachtwächterliberalismus. Öffentliche Institutionen hätten demnach im Sinne eines Nachtwächters allein für die Einhaltung von Sicherheit und Ordnung zu sorgen, allein als „shield and shelter“ (Walzer 1996: 17) zu wirken, ansonsten aber so wenig wie möglich in die private Sphäre der Einzelnen einzugreifen. Im Folgenden will ich zeigen, dass eine solche Deutung die politischen Intentionen von Judith Shklars Liberalismus vor allem deshalb verfehlt, weil sie die „sozialdemokratischen“³ Züge dieses Liberalismus ignoriert.

Bevor ich mich im dritten Abschnitt mit Shklars politischer Theorie im engeren Sinne auseinandersetze, möchte ich in den ersten beiden Abschnitten das theoretische Fundament von Shklars politischer Theorie rekonstruieren. Shklars Liberalismus, so will ich zeigen, sind nicht nur sozialdemokratische Elemente eigen, sondern er beruht auch auf einem auf spezifische Weise zu interpretierenden skeptischen Fundament. Im Ergebnis führt dies zu einer theoretischen Verknüpfung von Skepsis und Sozialdemokratie, zu einer „Sozialdemokratie der Furcht“ (vgl. Judt 2009), zu einer Position, die sich in einem kontinentaleuropäischen Kontext ungewöhnlich ausnimmt.⁴

Von Shklars politischer Theorie lässt sich lernen, dass einerseits Skepsis nicht zwingend in einen politischen Konservatismus oder einen allein auf rechtsstaatliche Garantien fixierten Liberalismus münden muss, andererseits ein um sozialdemokratische Elemente angereicherter Liberalismus keiner philosophischen Letztbegründung bedarf.

1. Shklars historische Skepsis: Jenseits von Kulturpessimismus und Fortschrittsoptimismus

Um zu klären, inwiefern Shklars politische Theorie mit einer bestimmten Auffassung von Skepsis von Anfang an verknüpft ist, blicke ich zunächst auf ihr 1957 publiziertes Erstlingswerk *After Utopia. The Decline of Political Faith*. Shklar eröffnet dieses mit einer zeitkritischen Diagnose, aus der sich sodann die Fragestellung der gesamten Studie ergibt: „This book is about political philosophy or, to be entirely exact, about its disappearance in recent years. [...] the urge to construct grand designs for the political future of mankind is gone. The last vestiges of utopian faith required for such an enterprise have vanished.“ (Shklar 1957: vii) An die Stelle einer seriös betriebenen politischen Philosophie oder

-
- 2 Shklar schreibt, die „elementarste Grundlage des Liberalismus“ sei die Überzeugung, dass „Grausamkeit ein absolut Böses ist“ (Shklar 2013 [1989]: 31). In Shklars autobiografischem Text „A Life of Learning“ heißt es im gleichen Sinne: „I took it as my starting point that the willful infliction of pain is an unconditional evil and tried to develop a liberal theory of politics from that ground up.“ (Shklar 1996 [1989]: 277)
 - 3 Walzer attestiert Shklar, in ihren späten Schriften eine „American version of social democracy“ (Walzer 1996: 21) formuliert zu haben. Seyla Benhabib erblickt eine Nähe von Shklars Liberalismus zu politischen Ideen der „sozialdemokratischen Linken“ (Benhabib 2013 [1994]: 80). Axel Honneth interpretiert die späte Shklar als „entschiedene Sozialdemokratin“ (Honneth 2013: 20).
 - 4 Man denke an die Schriften von Odo Marquard (2000 [1996]) oder Hermann Lübke (1980), die ihre philosophische Skepsis mit liberal-konservativen Positionen verbinden. Auch bei Michael Oakeshott (2000 [1996]) lässt sich eine dezidiert liberal-konservativ ausgerichtete „politics of scepticism“ ausmachen.

Judith Shklars Sinn für Veränderung

Quellen und Voraussetzungen politischen Wandels im Denken
Judith Shklars

Christine Unrau*

Schlüsselworte: Shklar, Veränderung, Sinn für Ungerechtigkeit, Empathie

Abstract: Obwohl es oft in die Schublade eines negativen Liberalismus der Schadensbegrenzung gesteckt wird, spielt in Judith Shklars Denken die Aussicht auf gezielte Veränderung und Verbesserung der politischen Bedingungen eine wichtige Rolle. Der Beitrag geht der Bedeutung dieses Themas im Werk Shklars nach und stellt dabei die Frage nach den Quellen und Voraussetzungen von Veränderung in den Mittelpunkt. Damit soll letztlich aufgezeigt werden, dass Shklars Denken nicht nur um eine negative Gefahrenabwehr kreist, sondern einen richtungsweisenden Beitrag zur Diskussion der Möglichkeiten und Grenzen politischer Veränderung leistet.

Abstract: Although often labelled as liberalism of damage control, Judith Shklar's thought is, to a considerable extent, dedicated to the prospect of purposely changing political conditions. The paper traces this topic in her work and puts the question regarding the sources and political conditions for change at the center. This is done to show that Shklar's thought does not exclusively revolve around a negative prevention of danger but substantively contributes to the discussion of the possibilities and limitations of political change.

„Die felsenfeste Regel von gestern ist heute Narrheit und Bigotterie“ (Shklar 1999: 18). So umschreibt Judith Shklar zu Beginn von *Über Ungerechtigkeit* das Phänomen sozialer Veränderung und begründet zugleich ihre Überzeugung, dass die Maßstäbe zur Bewertung bestimmter Unrechtserfahrungen immer kritisierbar und revidierbar bleiben. Dass darin auch ein wichtiger Beitrag zu den Quellen und Formen politischer Veränderung und politischen Handelns steckt, soll im Folgenden aufgezeigt werden.

Denn auch jenseits des umstrittenen Begriffspaars Fortschritt und Regression scheint sich aktuell ein umfassender „Gestaltungs- und Verstehbarkeitspessimismus“ (Rosa 2001: 39) in politischen Fragen breitzumachen, der durch Komplexitätssteigerung, ökonomische Globalisierung und andere „Sachzwänge“ untermauert wird und den Spielraum für kreative Veränderung schrumpfen lässt. Auch der im Zusammenhang mit politischen Bewegungen wie der Globalisierungskritik und *Occupy* aufgeflamnte Enthusiasmus für eine „andere Welt“ scheint aktuell verfliegen und hat der Konzentration auf die existentielle

* Christine Unrau, Universität Duisburg-Essen
Kontakt: unrau@gcr21.uni-due.de

Bedrohung der Demokratie durch Populismus und Xenophobie Platz gemacht. Schadensbegrenzung und Minimierung des Risikos treten in der tagespolitischen Debatte an die Stelle des Entwurfs von tiefgreifenden Transformationen. Gleichzeitig hat jedoch die Philosophie damit begonnen, sich wieder intensiver mit der Frage nach moralischem und gesellschaftlichem Fortschritt zu beschäftigen (vgl. etwa Appiah 2010; Anderson 2014; Jaeggi 2018).

Zu dieser Frage leistet auch Judith Shklar einen Beitrag, obwohl das Augenmerk häufig auf ihre illusionslose Suche nach Möglichkeiten der Risikominimierung gelenkt wurde (vgl. Yack 1996a; 1996b). Dieses Bild wurde in letzter Zeit bereits in Zweifel gezogen (vgl. Dunn 1996; Forrester 2011; Bajohr 2019). So betont etwa Katrina Forrester (2011: 593 f.), dass Shklar in ihrem Gesamtwerk nicht nur der Furcht, sondern auch der Hoffnung einen zentralen Stellenwert beigemessen hat – eine Interpretation, die jedoch als übertrieben zurückgewiesen wurde (vgl. Misra 2016: 88). Im Kontext dieser Kontroverse soll die vorliegende Darstellung dazu beitragen, den Zweifel daran zu verfestigen, dass Shklars wissenschaftliches Schaffen sich auf Theorien der Schadensbegrenzung reduzieren lässt. Gleichzeitig soll aufgezeigt werden, dass in Shklars Denken kein Widerspruch zwischen der Konzentration auf das „größte Übel“ und der Suche nach Wegen der positiven politischen Veränderung besteht. Denn „die Grausamkeit an erste Stelle zu setzen“ bedeutet nicht notwendigerweise „mit der Ungerechtigkeit [...] leben zu lernen“ (Yack 1996a: ix). Dazu wird zunächst kurz rekonstruiert, welche differenzierte Position Shklar zu den Themen Utopie und Hoffnung vertritt. Darauf bauen die Gedanken auf, die sie zur Sinnhaftigkeit politischer Projekte der Veränderung entwickelt hat. Dabei werden drei Leitfragen in den Mittelpunkt gestellt: 1) Was sind für Shklar die Quellen der politischen Veränderung? 2) Was sind die subjektiven und institutionellen Voraussetzungen dafür, dass diese Quellen „sprudeln“ können? 3) Durch welches Handeln wird die angestrebte politische Veränderung letztlich erreicht?

Die These, die hier vertreten wird, ist also eine doppelte: 1) Shklar ist nicht nur eine Denkerin der Hoffnung, sondern auch des politischen Wandels. 2) Ihr Ansatz lässt zwar wichtige Fragen offen, enthält mit der Konzentration auf den Sinn für Ungerechtigkeit jedoch eine wegweisende Neufokussierung auf die subjektiven und institutionellen Bedingungen für intendierten politischen Wandel.

1. Hoffnung – Verbesserung – Fortschritt?

In ihrem viel beachteten und teilweise als Quintessenz ihres Denkens verstandenen Essay *Der Liberalismus der Furcht* (2013) nimmt Judith Shklar Emersons Unterscheidung zwischen der „Partei der Hoffnung“ und der „Partei der Erinnerung“ (Shklar 2013: 37; 1986: 19)¹ auf und solidarisiert sich mit letzterer: In der Erinnerung an die Geschichte seit 1914, die eine Geschichte des Horrors moderner Kriegsführung und der Rückkehr der Folter ist, konzentriert sich der Liberalismus der Furcht auf „Schadensbegrenzung“ (Shklar 2013: 40). Die Fokussierung auf „persönlichen und gesellschaftlichen Fortschritt“ (ebd.: 39) as-

1 Shklar verweist in diesem Zusammenhang auf Ralph Waldo Emersons Text „The Conservative“ von 1841. Darin identifiziert er „Erinnerung“ und „Hoffnung“ als die beiden Pole der menschlichen Konstitution, deren Antagonismus letztlich der politischen Parteibildung zwischen Konservatismus und Innovation zu Grunde liegt (vgl. Emerson 1983).

Verbindlichkeitskonflikte und politische Verpflichtung

Rieke Trimçev*

Schlüsselwörter: Judith N. Shklar, Politische Verpflichtung, Loyalität, Konflikt

Abstract: Kurz vor ihrem Tod im Jahr 1992 wandte sich Judith N. Shklar in mehreren Vorträgen und Texten dem Thema politischer Verpflichtung zu. Aus einer ideologiegeschichtlich geschulten Perspektive nimmt sie insbesondere Verbindlichkeitskonflikte in den Blick. Im Verhältnis zu anderen liberalen Verpflichtungstheorien erweisen sich Shklars Arbeiten in dieser Hinsicht als originell und zeitgemäß, weil sie Verbindlichkeitskonflikten eine verpflichtungsproduktive Rolle zugestehen. Der vorliegende Aufsatz rekonstruiert zentrale Elemente von Shklars Verpflichtungstheorie und bietet dabei auch eine Einordnung des in diesem Schwerpunktheft erstmals veröffentlichten Textes *Gewissen und Freiheit*. Er untersucht das Verhältnis von Shklars Ansatz zu gängigen Verpflichtungstheorien und schärft das Profil von Shklars Thesen insbesondere in einem exemplarischen Vergleich mit der Verpflichtungstheorie von Michael Walzer.

Abstract: In the last years of her life, Judith N. Shklar devoted several texts and speeches to the theme of political obligation. With a clear view for the ideological embeddedness of this phenomenon, Shklar especially focused on obligation conflicts. In this perspective, Shklar's writings distinguish themselves from other liberal theories of political obligation by attributing obligation conflicts a productive role. This article reconstructs central aspects of Shklar's theory of political obligation, also offering an interpretation of the text *Conscience and Liberty*, which is published as part of this special issue for the first time. The article contrasts Shklar's approach with popular obligation theories, and seeks to carve out its distinctive facets in a comparison to Michael Walzer's theory of political obligation.

Im August 2018 bekannte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier: „Unser Land ist für viele neue Heimat geworden, doch deshalb muss niemand seine Wurzeln verleugnen. Denn Heimat, gefühlte und gelebte, die gibt es auch im Plural.“ (Steinmeier 2018) Er reagierte damit auf eine hitzige Debatte über plurale Loyalitäten, die anhand eines Fotos des türkischen Präsidenten Erdoğan mit dem Fußballspieler Mesut Özil entbrannt war und im Juli zu dessen Rücktritt aus der deutschen Nationalmannschaft geführt hatte. Das Foto war in der Sicht einiger Beobachter*innen zum Symbol für vermeintlich problematische Bindungen von Menschen mit Migrationshintergrund zum Herkunftsland ihrer Familien geworden. In Erinnerung bleibt auch der Hashtag *MeTwo*, der in den sozialen Medien da-

* Rieke Trimçev, Universität Greifswald
Kontakt: rieke.trimcev@uni-greifswald.de

rauhhin Akzeptanz für den Umstand zu schaffen suchte, dass für viele Einwohner*innen der Bundesrepublik die Bindung an zwei Länder eine Normalität ist.

Dass solche recht grundsätzlichen Debatten über konfligierende Loyalitäten abebben, ist zumindest mittelfristig nicht zu erwarten. Daher steht eine ‚realistische‘ politische Theorie vor der Herausforderung zu klären, inwiefern solche pluralen Bindungen für die Verbindlichkeit der in einem Land geltenden Gesetze und die Unterstützung für dessen politische Institutionen ein Problem darstellen oder nicht. Oder anders formuliert: Wie verhalten sich plurale Loyalitäten zu dem Erfordernis liberaler Demokratien, politische Verpflichtungen bei allen Bürger*innen und dauerhaften Einwohner*innen annehmen zu können?

Für diese politik- und demokratietheoretische Suchbewegung bieten Judith Shklars kurz vor ihrem Tod verfassten Überlegungen zum Verhältnis von Loyalitäten und politischen Verpflichtungen einen argumentativ gehaltvollen und zugleich etablierte Perspektiven irritierenden Denk- und Analyserahmen. Shklar hielt in den frühen 1990er Jahren eine Reihe von Vorträgen zu diesen Fragen, die heute durch mehrere Veröffentlichungen und Übersetzungen neue Aufmerksamkeit erfahren. Für das vorliegende Schwerpunktheft hat Hannes Bajohr den Vortrag *Gewissen und Freiheit* aus dem Jahr 1990 ins Deutsche übersetzt. Zeitgleich erscheint der Text *Verpflichtung, Loyalität, Exil* aus dem Jahr 1992 erstmals in deutscher Übersetzung (Shklar 2019b). Seit kurzem liegt unter dem Titel *On Political Obligation* zudem eine Edition einer ebenfalls 1992 gehaltenen Vorlesungsreihe von Shklar vor (Shklar 2019a).

Dieser Beitrag argumentiert, dass Judith Shklars Blick auf politische Verpflichtungen einen politiktheoretischen Gewinn verspricht, weil er im Vergleich zu bestehenden Ansätzen eine breitere und innovative Analyse von Verbindlichkeitskonflikten erlaubt. Ich gehe in fünf Schritten vor: Zunächst gebe ich einen Überblick über typische Arten der Behandlung von Verbindlichkeitskonflikten innerhalb von Theorien politischer Verpflichtung (1). Dies leitet zu einer Darstellung von Michael Walzers Verpflichtungstheorie über, die Verbindlichkeitskonflikten eine zentrale Bedeutung zuweist (2). Nach einer knappen werkgeschichtlichen Einordnung (3) rekonstruiere ich Shklars Theorie politischer Verpflichtung (4). Schließlich schärfe ich das Profil dieses Ansatzes, indem ich ihn mit jenem von Michael Walzer vergleiche (5).¹

1. Theorien politischer Verpflichtung

Der Begriff der politischen Verpflichtung bezeichnet eine bestimmte Qualität der Beziehung zwischen Individuen und gesetzlichen Regeln: Bürger*innen oder Einwohner*innen fühlen sich verpflichtet, bestimmten Gesetzen zu folgen und werden so an die politischen Institutionen eines Landes zurückgebunden. Es ist diese Folgebereitschaft, über die politische Institutionen Unterstützung erfahren und stabilisiert werden. Der Verpflichtungsbegriff soll dabei sowohl die generelle als auch die partikulare Natur der von ihm bezeichneten politischen Bindungen ausweisen können: Verpflichtungen sind allgemein, wenn sie plausiblerweise auf alle oder die meisten Einwohner*innen eines Staates angewendet werden können (Simmons 1979: 55; Klosko 1992: 2 f.); sie sind partikular, insofern aus ihnen keine Verpflichtung gegenüber allen Gesetzen aller (gerechten) Staaten folgt, son-

1 Für ihre kritische Lektüre und hilfreichen Kommentare danke ich Hannes Bajohr, Hubertus Buchstein und Grit Straßenberger.